

„WIR HÄTTE VIEL SCHADEN VERHINDERN KÖNNEN“

Bioethikkommission: Vorsitzende Christiane Druml über Stiefkinder der Politik, Versäumnisse in der Pandemie und die Kakophonie der Meinungen



Christiane Druml
Vorsitzende der Bioethikkommission

Die Bioethikkommission hat 2020 sechs Stellungnahmen bzw. Empfehlungen abgegeben – eine Rekordzahl in den vergangenen fünf Jahren. Inwieweit standen die 25 Mitglieder der Kommission im Zuge der COVID-19-Pandemie unter Druck, rasch Ergebnisse zu liefern?

Christiane Druml: Nicht im Geringsten. Wir sind ja eher die Stiefkinder der Politik, als dass wir hier unter Druck stehen. Die erste Stellungnahme im März „zum Umgang mit knappen Ressourcen in der Gesundheitsversorgung“ – Stichwort Triage – war uns ein Anliegen unter dem Eindruck der Bilder aus der Lombardei, der Intensivmedizin einen Rückhalt zu geben. Sie ist eine Weiterführung unserer Stellungnahme zum Lebensende. Es haben alle Mitglieder trotz Einbindung nur via Mail aktiv mitgemacht. Auch bei den weiteren Stellungnahmen ab Mai konnten alle einander nur via Videokonferenzen sehen. Es ist erstaunlich, dass wir es schafften, trotz der wenig spontanen Gesprächssituation so viele Stellungnahmen zu verfassen.

Wie weit war man denn in Österreich im Lauf des Vorjahres von der Triage, sprich dem „Aussortieren“ von behandlungsbedürftigen Patienten, entfernt?

Druml: Österreich hat nach Deutschland die größte Anzahl von Intensivbetten. Das Problem ist aber nicht die Bettenanzahl, sondern ein Mangel an Personal. Wir waren nicht so nahe dran wie andere Länder, die viele COVID-Fälle gleichzeitig hatten. Aber der Eindruck in Öffentlichkeit und Politik, die Intensivbetten warten auf die Patienten, haben ein „Mascherl“ und stehen leer bis zur Belegung, das ist ein Irrtum.

Im November hat die Kommission eine allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19 nicht be-

fürwortet, solange keine absolute Notstandssituation eintritt, und stattdessen für klare Empfehlungen der Regierung für die Impfung plädiert. Wie gut sehen Sie Ihren Appell nach Information, Transparenz und Motivation im Zuge der Impfkampagne verwirklicht?

Druml: Es hat schon eine Meinungsumkehr gegeben, denn bis November hat der Gedanke an die Sensibilitäten der Impfgegner die Diskussion bestimmt. Als man gesehen hat, dass die Impfstoffe rascher als erwartet in einer wissenschaftlich unglaublichen Vielfalt entwickelt werden, ist eine Situation der Vorfreude entstanden, der Pandemie zu entweichen – hin zur Normalität. Seither gibt es sehr gute Information für alle über den Nutzen von Impfstoffen und auch einen Willen, sich impfen zu lassen, aber einen Mangel an Impfstoffen.

Die Teilnehmer der jüngsten Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen scheinen für die gute Information nicht empfänglich zu sein.

Druml: Bei denen können wir – so wie bei den Gegnern der Pockenimpfung im 18. Jahrhundert – auch mit transparenter Information nicht viel ausrichten.

Zwölf Monate nach dem ersten Lockdown halten wir bei knapp 500.000 Infektionsfällen und einem Anstieg der Kurve in Richtung 9.000 Todesfälle, die dem Coronavirus zugeordnet werden. Wie fällt Ihr Resümee aus, was die Bewältigung der Seuche in Österreich im internationalen Vergleich betrifft?

Druml: Man sieht, dass eine Vorbereitung in seuchenlosen Zeiten gut gewesen wäre, damit man in einer Pandemie nicht alles neu erfinden muss, und sich Standards empfehlen, die wir als Gesellschaft völlig vergessen haben. Schon Maria Theresia und Joseph II.

hatten wirksame Maßnahmen getroffen, und wir hatten später im 19. Jahrhundert sechs große Cholera-Epidemien in Wien, da war das Leben und die Gesellschaft regelmäßig bedrängt. Sehr gut, wie wir die Pandemie am Anfang in den Griff bekommen haben, wo die Inzidenz ein vergleichbar niedriges Niveau gegenüber den Zahlen hatte, mit denen wir jetzt nicht fertigwerden. Manch sinnvolle Dinge sind leider versäumt worden.

Zum Beispiel?

Druml: Wir nehmen eine Vielfalt von Experten wahr, die sich leider nicht als solche herausgestellt haben. Da tritt eine Kakophonie von Meinungen gleichzeitig auf. Es wäre daher im Sinne der Einheitlichkeit und österreichweiten Maßnahmen gut gewesen, wenn wir den 1870 eingerichteten Obersten Sanitätsrat noch gehabt hätten. Seine letzte Sitzung war im November 2019, das Gremium wurde Anfang 2020 nicht mehr weiterbestellt. *(Der Oberste Sanitätsrat wurde am 19.3.2021 neu konstituiert, Anm.)*

Mittlerweile mehrten sich die Stimmen, die meinen, ein weiterer Lockdown ist der Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Wir alle werden mit dem Virus und seinen Varianten leben müssen. Teilen Sie diese Haltung?

Druml: Ungern. Wir hätten viel Schaden verhindern können, wenn man von Anfang an das Maskentragen oder Abstandhalten konsequenter betrieben hätte. Mithilfe eines Obersten Sanitätsrates hätte man ebenso eine nachhaltige Wissenschaftsberatung finden können. Aber dieser Zug ist abgefahren: Wir werden wahrscheinlich durch die wachsende Corona-„Fatigue“ keine Akzeptanz der Bevölkerung zu den Maßnahmen bekommen.

Mittlerweile gibt es Stimmen aus der Wissenschaft, die meinen: Man kann nicht 97 Prozent der Bevölkerung in Geiselhaft nehmen, um drei Prozent zu schützen.

Druml: Das ist eine sehr plakative Aussage, die sich gut im Fernsehen macht, die aber nicht stimmt. Es geht ja nicht um drei Prozent – die „Alten“ sind schon ab sechzig gefährdet, aber auch junge Menschen erkranken schwer. Wir haben keine Garantie, auch wenn wir noch so gesund sind, nicht an gravierenden Folgen zu leiden.

2020 wurden die Leistungen von Wissenschaft und Forschung ins Rampenlicht der Öffentlichkeit katapultiert. Gleichzeitig wird der Wissenschaft vorgehalten, dass sie sich an politischen und moralischen Vorgaben orientiert oder mit Empfehlungen selbst Politik betreibt. Wie sieht man das in der Kommission?

Druml: Die Mitglieder sehen, dass die Politikberatung durch Wissenschaftler gut funktioniert, sonst würde auch niemand ehrenamtlich so viel Zeit investieren. Es geht nicht darum, für sich selbst etwas in Anspruch zu nehmen, man muss Inhalte für die Politik so vorbereiten, dass sie damit etwas anfangen kann und Gesetze sinnvoll begründet sind.

Sie waren bis vor wenigen Jahren Vizerektorin an der Medizinischen Universität Wien. Wie haben die Universitäten aus Ihrer Sicht die ersten beiden Corona-Semester bewältigt?

Druml: Wenn ich als für die Klinik zuständige Vizerektorin zurückschaue – da wäre ich in der Pandemie ziemlich drangekommen! Aber das Hauptproblem jetzt ist der als unbefriedigend empfundene distanzierte Unterricht. Das ist ein großes Problem für die Universitäten und die Studierenden. Man denke nur an all die Jungen, die die interessanteste Zeit ihres Lebens vor sich haben. Und dann sind sie zurückgeworfen auf ihr eigenes Studierzimmer – mit einem Computer, wo sie nichts erleben, was sie sich als Lernende gewünscht haben. Man kann nur hoffen, dass diese Zeit bald vorübergeht.

Das Interview führte Manfred Kadi am 10.3.21.

ZUR PERSON

Dr. Christiane Druml (Jahrgang 1955), Leiterin der **Bioethikkommission** beim Bundeskanzleramt seit 2007, studierte Rechtswissenschaften an der **Universität Wien**, war nach ihrer Promotion 1978 als Universitätsassistentin am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht tätig; 1992 Geschäftsführung der Ethikkommission an der damaligen Medizinischen Fakultät der Universität Wien, der heutigen **Medizinischen Universität Wien**; seit 2015 Direktorin des Josephinum – Ethik, Sammlungen und Geschichte der Medizin der MedUni Wien; seit 2016 Inhaberin des UNESCO-Lehrstuhls für Bioethik an der MedUni Wien; Druml war Vizerektorin für klinische Angelegenheiten der MedUni Wien (2011–2015) und bis 2019 Mitglied des Obersten Sanitätsrates der Republik Österreich.